Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 130. | Dresden, Sonnabend den 8. Juni 1912. | 23. Jahrg.

Gewalt gegen Gewalt.

Als Diktator Tisza gestern die Sitzung eröffnete, krachten rasch hintereinander fünf Schüsse. Drei davon gingen in Tiszas Präsidentenpult, mit den zwei anderen streckte sich der Attentäter Kovacz nieder.

Diese Schießerei ist der Höhepunkt im Wirbel des ungarischen Parlamentskampfes, das letzte Glied in der Kette der parlamentarischen Gewalttaten. Aber trotzdem diese unparlamentarischste aller Gewalttätigkeiten von einem oppositionellen Abgeordneten ausging, behandelt sie unsere reaktionäre Presse, die Tiszas Gewaltmeiereien kampfheft für sich auszubeuten sucht, ziemlich glimpflich. Man liest nirgends von dem verruchten „Mordhaben", „Verbrecher", „Hallunken", mit welchen Kosenamen z. B. jener dalmatinische Wirrkopf Njegus überreichlich bedacht wurde, als er im österreichischen Abgeordnetenhause nach dem Justizminister geschossen hatte. Nein, Kovacz kommt besser weg. Getreulich bringt auch die Reaktionspresse ohne Abstriche, was die Telegramme melden, daß Kovacz eben ein leicht erregbarer, nervöser Mensch sei, daß er schon während der Parlamentsskandale voriger Woche die Urne vom Präsidentenpult geworfen habe, daß seine Finanzverhältnisse verzweifelt waren, kurz: die Reaktionspresse streitet nicht ab, daß es sich um die Tat eines überreizten, unzurechnungsfähigen Menschen handelt. Und diese menschlich zu verstehende Geste der Rücksichtslosigkeit hat seinen soliden Grund. Der Attentäter ist nämlich kein Sozialdemokrat, sondern ein gutbürgerlicher Mann. Einer sogar, der dem Kleinadel nahe steht, der Herrn von Jusths Parteiklique angehört, wie der gegenwärtige Kampf in Ungarn ja zum nicht geringen Teil ein Kampf der kleinen gegen die großen Junker bedeutet. Es ist ja überhaupt das Pech unserer Reaktionäre, daß im Budapester Parlamentspalast dank des vollsentrechtenden ungarischen Wahlsystems auch nicht ein Sozialdemokrat sitzt und daß die Skandalszenen der letzten Tage die Krakehle eines von feudalen und bürgerlichen Leuten besetzten Hauses waren. Also für die kapitalistische Presse ist der ungarische Skandal von Anfang bis Ende eine peinliche Familienangelegenheit, deren Schmutzspritzer die Sozialdemokratie nicht erreichen können. So sollte man wenigstens meinen!

Aber ein richtiger reaktionärer Schmock saugt aus jeder Blüte Honig und versteht der Sozialdemokratie auch aus der ungarischen Parlamentsskandalosa einen dicken Strick zu drehen. So bringt die nationalliberale National-Zeitung einen Artikel, überschrieben: Die Verwilderung der parlamentarischen Sitten. Darin heißt es mit Bezug auf Kovacz' Attentat:

„Dieser Gipfel der Verwilderung parlamentarischer Sitten ist weder in England zur Cromwellzeit noch während der französischen Revolution erreicht worden .... Dem jetzigen Budapester Parlament blieb es vorbehalten, der Schauplatz eines Ereignisses zu werden, das einzig dasteht in der Geschichte der Völker, die ihre Geschicke einem parlamentarischen Regime anvertraut haben. ... Auf seinem Gute Pößneck liegt Freiherr v. Erffa, der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, schwerkrank darnieder. Ein Schlaganfall hat den bis in die letzte Zeit so rüstigen und energischen Parlamentarier überrascht. Die Empfindung, daß diese plötzliche Erkrankung in Verbindung steht mit den Aufregungen, die Präsident v. Erffa während der letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses durchmachen mußte, drängt sich unwillkürlich auf und läßt sich nicht mit bequemer Skepsis zurückweisen. Als er zum Präsidenten gewählt wurde, war er ein Mann in seiner besten Kraft. Seine sozialdemokratischen Gegner erblickten ja in seiner Wahl die erfüllte Sehnsucht der Junker nach einem starken Manne, und heute ist er ein Schwerkranker, der mit dem Tode ringt. ... Mit dem Revolver, wie sein ungarischer Kollege, Graf Tisza, ist Freiherr v. Erffa nicht bedroht worden, aber die Verwilderung der parlamentarischen Sitten greift um sich in geradezu beängstigender Weise."

Die Nationalzeitung stellt hier wie viele ihrer Zeitungsgeschwister die ungarischen wie die preußischen Dinge auf den Kopf. Denn die parlamentarischen Gewalttätigkeiten sind im Lande der ofielbischen wie der madjarischen Junker die Folgen der reaktionären Gewalttätigkeit. In Ungarn wie in Preußen ist dem Volke seit Jahr und Tag eine Wahlreform verheißen und seit Jahr und Tag durch die brutale Gewaltmeierei der Reaktion verhindert worden. In Ungarn hat der junkerliche Vorführer von Tisza die Wehrreform mit dem nackten Gewaltakt des Geschäftsordnungsbruches durchgedrückt, und im preußischen Abgeordnetenhause war's der Junkervertreter von Erffa, der die bewaffnete Gewalt zum Gewaltstreich ins Haus rief, um jene Sechs zu insultieren, hinter denen die Mehrheit des Volkes steht. Wenn Herrn von Erffas Krankheit wirklich mit der Polizeibrutalität im preußischen Junkerparlament zusammenhängen sollte, so hätte die Nemesis in diesem Falle wieder einmal in einer Art gewaltet, an der wir wenig interessiert sind: Herr von Erffa wäre gewissermaßen an seinem eigenen Ungeschick erkrankt, denn selbst nationalliberale Blätter gestanden, daß jene Szenen bei einigermaßen präsidialem Geschick vermieden worden wären.

Und was gar Tiszas Malheur angeht, so liegen die Zusammenhänge noch logischer und klarer: dem Gewaltmenschen der Reaktion trat ein Gewaltmensch der Opposition entgegen; der brutalen Zertrampelung der Volksrechte folgte die brutale Antwort eines entrechteten, parlamentsverwiesenen Abgeordneten; der Verwilderung der feudal-bürgerlichen Reaktion folgte die sogenannte Verwilderung der feudal-bürgerlichen Opposition. Als am Donnerstag voriger Woche das Blut der entrechteten, genarrten Arbeiterschaft das Pflaster von Budapest färbte und der Widerhall der Gewehrsalven ins Parlament tönte, drang Tisza darauf, daß das Fell des Volkes gleichgültig weiter verhandelt werde. Verhandlung aussetzen? — wie die Opposition verlangte. Ach was, „wir sind kein Wohlfahrtsausschuß", erklärte der Diktator. Schön, Kovacz war gestern der gleichen Meinung; er hatte von Tisza gelernt!

Die Nationalzeitung wie das ihr verwandte Preßgelichter treiben die offenkundigste Tatsachenfälschung, wenn sie glauben, die Notwehrakte der ungarischen wie der preußischen Parlamentsopposition für unsere Reaktion ausschlachten zu können. Diese Presse, die so unverfroren dem Gewaltmenschen Tisza huldigt und seine Geschäftsordnungsbrüche bejubelt — diese Presse sollte sich weniger über „Verwilderung der parlamentarischen Sitten" ereifern, denn die Verwilderung ihrer journalistischen Sitten stinkt bedenklich zum Himmel!

• • •

Das Attentat.

Budapest, 7. Juni. (Privattelegramm.) Freitag früh marschierte die gesamte Opposition, 106 Abgeordnete, nach dem Reichstage, wo ein großer Kordon Militär und Polizei dieselben aufhalten wollte; die Abgeordneten wurden jedoch von den diensthabenden Polizeibeamten eingelassen. Sie setzten sich in ihre Bänke und verhielten sich ruhig. Um 10 Uhr, vor Beginn der Sitzung, marschierten über 120 Polizisten in den Reichstag und forderten die ausgesperrten Abgeordneten auf, das Reichstagsgebäude zu verlassen. Die Abgeordneten wollten nicht weichen und wurden mit Gewalt aus dem Saale geführt. Nachdem die gesamte Opposition sich entfernt hatte, kam die Regierungspartei in den Saal, worauf der Präsident die Sitzung eröffnete. Zu dieser Zeit befand sich kein einziger Abgeordneter der Opposition im Saal. Präsident Tisza begann die Eröffnungsrede. In demselben Augenblick jedoch stürzte von der Journalistentribüne aus der oppositionelle Abgeordnete Julius Kovacz mit einem Revolver in den Saal und gab drei Schüsse auf den Präsidenten ab, von denen aber keiner traf. Nun stürzte sich die gesamte Regierungspartei auf den Attentäter, man warf ihn zu Boden; angeblich soll er sich eine Kugel in den Kopf geschossen haben, es wird aber vermutet, daß diese Kugel aus dem Revolver eines anderen Abgeordneten gekommen ist. Kovacz wurde in diesem schwerverletzten Zustande von den Anhängern der Regierungspartei gestoßen und geschlagen, bis endlich die erschienene Rettungsgesellschaft ihn aus den Händen seiner Peiniger befreite, seine Wunde untersuchte und ihn nach dem Rochus-Spital überführte. Sein Zustand ist hoffnungslos. Um 1 Uhr mittags wurde er operiert und zum größten Erstaunen wurden in seinem Kopfe zwei Kugeln gefunden.

Tisza erhob sich nach dem Attentat, nahm jedoch sofort den Präsidentensitz wieder ein und sagte, nachdem der Tumult sich ein wenig gelegt hat: „Ich glaube, nachdem es sich um die Tat eines Wahnsinnigen handelt, der sich der irdischen Gerechtigkeit entzogen hat, gehen wir zur Tagesordnung über!" Einige Oppositionelle rufen: „Den habt Ihr erschossen!"

Die Aufregung ist natürlich sehr groß. Nach dem Attentat wurde die gesamte Garnison alarmiert und das Militär marschiert die Straßen entlang. Welche Order dasselbe hat, weiß man noch nicht. Auf den Straßen bilden sich Trupps, überall wird von dem Attentat gesprochen, und Personen aus den höchsten Kreisen sprechen laut und deutlich unwillig den Ruf aus: „Wenn er ihn nur getroffen hätte!" Die Arbeiter bleiben wie bisher auch fernerhin ruhig. Die sozialdemokratische Parteileitung gedenkt die Arbeitermacht zurückzuhalten, trotzdem die Aufregung, besonders nach dem letzten Ereignis, eine ungeheure ist.

Die Nachmittagssitzung.

In der Nachmittagssitzung des Abgeordnetenhauses drangen die ausgeschlossenen Abgeordneten wiederum in den Sitzungssaal ein und wurden abermals von der Polizei entfernt. Sechs Abgeordnete wurden neuerdings für 15 Tage ausgeschlossen, 16 Abgeordnete zur Abbitteleistung verurteilt. In der heutigen Sitzung wurde auch über die Angelegenheit des Abgeordneten Ludwig Beck (Justhpartei) verhandelt, der seinerzeit gegen den Ministerpräsidenten Grafen Khuen-Hedervary und den Minister Serenyi ein Tintenfaß geworfen und beide Minister verwundet hatte. Dem Ansuchen der Gerichtsbehörde um Aufhebung der Immunität des Abg. Beck, damit ein Verfahren gegen ihn eingeleitet werden könne, wurde stattgegeben. In der morgigen Sitzung wird über eine Verschärfung der Hausordnung verhandelt werden.

Das Manifest der Opposition.

Budapest, 8. Juni. Die verbündeten oppositionellen Parteien haben ein Manifest an die Nation gerichtet, worin sie gegen die jüngsten Vorgänge protestieren. Sie erklären, die Vorlage zum Wehrgesetze sei, da sie nicht den Formen entsprechend zur Abstimmung gebracht wurde, ungültig. Sie protestieren in dem Manifeste gegen das Vorgehen des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, das sie als ungesetzlich bezeichnen, und schieben die Verantwortung für die Geschehnisse dem Ministerpräsidenten, der Mehrheit und dem Präsidenten des Hauses zu.

Sozialdemokratischer Sieg

bei der Landtagswahl in Schwarzburg-Rudolstadt.

Am 4. März ist der Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt durch die Regierung aufgelöst worden, weil die Regierung nicht mit der sozialdemokratischen Majorität des Landtags zusammenarbeiten wollte. Gestern, Freitag, fanden die Neuwahlen statt und sie haben das Ergebnis, daß, ebenso wie bei der vorigen Wahl, 7 Nicht-Sozialdemokraten und 9 Sozialdemokraten gewählt worden sind.

Diese Wahl beansprucht weit über das kleine Fürstentum hinaus politisches Interesse. Am 10. November 1911 kam bei der Landtagswahl die sozialdemokratische Majorität zustande. Die bürgerliche Presse prophezeite ein völliges Fiasko mit einem solchen Landtage. Unsere Genossen aber haben im Laufe der wenigen Sitzungen, die stattfanden, bewiesen, daß sie gewillt waren, positiv mitzuarbeiten, sofern die Regierung den von uns gestellten zeitgemäßen Forderungen entgegenzukommen bereit war. Die bürgerlichen Abgeordneten des Landtages und die Regierung zeigten jedoch, daß ihnen an einem Zusammenarbeiten mit unserer Partei nichts gelegen war, und so mußte denn, wollte die Sozialdemokratie nicht alle ihre Grundsätze und Forderungen verleugnen, die Landtagsauflösung kommen.

Auch die Frankfurter Zeitung erkennt in einer Korrespondenz aus Rudolstadt an, daß die Schuld an der Regierung und den bürgerlichen Abgeordneten lag. Sie sagt: „Der Landtag hatte kein langes Leben, weil die Regierung und die bürgerlichen Abgeordneten der neuen Majorität nicht entgegenkommen wollten, obwohl deren Forderungen maßvoll waren. Statt dessen brachte die Regierung einen mit allen möglichen Gesetzentwürfen verkuppelten Wahlrechtsentwurf, der in einem Punkt eine Verschlechterung bedeutete und zur Landtagsauflösung führte."

Es setzte eine Wahlbewegung ein, die an Heftigkeit alles in Schwarzburg-Rudolstadt Dagewesene übertraf. Die bürgerliche Presse öffnete alle Schleusen, um im Reichsverbandsstil unsere Sache in den Schmutz zu treten. Da ist kein alter Ladenhüter des Reichsverbandes, der nicht wieder zur Geltung kam. Aus Furcht und Angst vor einer nochmaligen roten Landtagsmajorität haben die Bürgerlichen sich zu einem „Vaterländischen Wahlverein" zusammengeschlossen, in dem der „Liberale" mit seinem agrarischen Bundesgenossen Arm in Arm gegen unsere Partei loszog. In allen Wahlkreisen hatten sich die Bürgerlichen auf gemeinsame Kandidaturen geeinigt. Aber trotz dieses Zusammenschlusses aller reaktionären Elemente mußte das Regierungsorgan angesichts der Mutlosigkeit der bürgerlichen Kreise einen Aufruf ergehen lassen, sich an der Kampfbegeisterung und der Opferfreudigkeit der Sozialdemokraten ein Beispiel zu nehmen.

Die sozialdemokratische Partei hatte angesichts der Sachlage und der Erkenntnis, daß es jetzt in Schwarzburg-Rudolstadt um" Ganze geht, eine zielbewußte und energische Agitation eingeleitet. Eine in vielen tausend Exemplaren verbreitete Broschüre hat die Wähler noch einmal über die Situation aufgeklärt. In allen Orten, wo der Terrorismus der Gegner nicht die Säle abtrieb, haben Volksversammlungen stattgefunden. In dieser Wahlarbeit wurden die Genossen von den Abgg. Baudert, Bock, Hofmann, Leber, Dr. Quarck und Bauer unterstützt. Die Partei hat alles getan, was möglich war.

Die Landtagswähler haben nun eine gute Entscheidung getroffen. Sie haben sich nicht einschüchtern lassen, sie beharren darauf, daß nicht reaktionär, sondern für Fortschritt und Volksrecht regiert werden soll.

Die Regierung erleidet ein schweres Fiasko. Es wird ihr nichts übrig bleiben, als auf ihre Verschlechterungsbestimmungen zum Wahlrecht zu verzichten. Oder will sie den dauernden Konflikt herbeiführen?

Der Kampf im Londoner Hafen.

L. K. **London**, den 6. Juni.

Während der großen Streikbewegungen der letzten zwei Jahre leistete sich fast die ganze bürgerliche Presse das Menschenmögliche an Entrüstung über die Starrköpfigkeit und Tyrannei der Arbeiter, weil sie einen mit schweren Opfern errungenen Vorteil irgendeiner plausibeln Scheinkonzession der Regierung oder der Unternehmer zuliebe nicht preisgeben wollten. Jetzt aber, wo das Verhalten der Reeder ihr den besten Stoff zur Entrüstung bietet, windet sie sich durchweg in nichtssagenden Redensarten, soweit sie sich nicht ungeniert auf die Seite der Scharfmacher schlägt. Die gestrige Unterhausdebatte über den Streik hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Shipping Federation nicht nur von jedem billigen Vergleich nichts wissen will und die bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter fordert, sondern daß sie auch alle Interventionsvorschläge mit unverhohlener Verachtung zurückweist. Lloyd George war gestern ausnehmend „maßvoll" und hütete sich, für oder gegen die Kämpfenden Partei zu ergreifen. Allerdings muß man in Betracht ziehen, daß das mächtige scharfmacherische Kapital, das sich jetzt so offen auf den Herrenstandpunkt versteift, eine der stärksten Stützen der liberalen Partei ist. Allein die Tatsachen drangen doch deutlich genug durch. Auf die Anfrage der Regierung, führte Lloyd George

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120608/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG